

Änderungsantrag

für die Sitzung des Planungs- und Umwelt-Ausschusses am 27.11.2012

Die SPD beantragt, die Resolution der CDU und FDP zur Konverter-Anlage in Meerbusch-Osterath an den Kreistag zu überweisen. Des Weiteren fordert die SPD die Kreisverwaltung auf, einen Text mit den Fraktionen abzustimmen, der den Menschen in Meerbusch hilft und eine Perspektive aufzeigt.

Es wäre nicht hilfreich, wenn mit unzureichenden Begründungen die Chance vertan würde, auf die weiteren Schritte der Konkretisierung des Netzentwicklungsplans in unserem Gebiet Einfluss zu nehmen. Der Kern der Resolution von CDU und FDP lautet: „Der Rhein-Kreis Neuss hält diesen Standort am Rande der Wohnbebauung für ein großes industrielles Vorhaben, wie diese Konverter-Anlage, für ungeeignet und lehnt sie ab.“

Dies wird der Sache nicht gerecht und ist auch unzureichend um den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu helfen.

Diese Begründung verkürzt das Thema auf die Frage, ob ein Konverter dieser Art ein „großes industrielles Vorhaben“ sei.

Darum geht es aber nicht. Über eine solche Argumentation kann sich die Bundesnetzagentur leicht hinwegsetzen und damit die eigentlichen Bedenken beiseite wischen.

Es geht nun, nachdem der Netzentwicklungsplan 2012 vom Wirtschaftsminister Phillip Rösler (FDP) vorgestellt wurde, darum Einfluss auf die weiteren Verfahrensschritte zu nehmen.

Der SPD geht es um eine umfassende Bürgerbeteiligung. Ohne die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern kann die Energiewende nicht gelingen. Das bisherige Vorgehen bei der Standortfindung der Konverter-Anlage Osterath ist unzumutbar.

Monatelanges Herausögern von Informationen schürt Misstrauen und Verärgerung. Wir erwarten, dass im weiteren Verfahren zeitnah und vollständig informiert wird. Wir erwarten dass auf Bundesebene keine Fakten geschaffen werden ohne vorherige Beteiligung unserer Region.

Aus Sicht der SPD bestehen noch viele ungeklärte Fragen:

- Wie begründet die Bundesnetzagentur die Unumgänglichkeit des Standortes Osterath für eine HGÜ-Kopfstation-Konverter-Anlage?
- Welche anderen Standorte sind möglich und welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt werden?
- Wieso liegt der HGÜ-Einspeisungspunkt so weit von der erwarteten neuen Erzeugungsleistung durch Windenergie aus den Offshore-Anlagen in der Nordsee?
- Welche Alternativen gibt es am Standort Osterath um einen möglichst großen Abstand zur Wohnbebauung zu erreichen?

- Wie werden neben den technischen und wirtschaftlichen Aspekten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt bei der Erstellung des Bundesnetzplanes als auch bei der weiteren Regionalisierung der Planung bis hin zur konkreten örtlichen Planung?
- Welcher Einfluss kann auf die tatsächliche Bauausführung genommen werden, um Belastungen und Beeinträchtigungen möglichst gering zu halten?
- Sind Gewerbegebiete oder Industriegebiete eher geeignet und welche sind ggf. verfügbar?



Rainer Thiel
Vorsitzender

Horst Fischer
stellvertr. Vorsitzender